

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Edelgard Bulmahn MdB weist den FDP-Vorstoß, Frauen den Eintritt in die Bundeswehr zu eröffnen, zurück: Kein Beitrag zur Gleichberechtigung.
Seite 1

Dagmar Luuk MdB fordert angesichts der Lage der Entwicklungsländer eine Reform der Agrarpolitik: Der Hunger in der Dritten Welt und der Überfluß Europas.
Seite 3

42. Jahrgang / 172

10. September 1987

Kein Beitrag zur Gleichberechtigung

Die FDP weist den Frauen die Rolle des Lückenbüßers bei der Bundeswehr zu

Von Edelgard Bulmahn MdB
Mitglied des Arbeitskreises Gleichstellung und der Arbeitsgruppe Frauen und Bundeswehr der SPD-Bundestagsfraktion

Der Beschluß der FDP, den Eintritt von Frauen in die Bundeswehr zu forcieren, ist ein untaugliches Mittel, die Gleichberechtigung und Emanzipation von Frauen in unserer Gesellschaft voranzutreiben. Es ist völlig abwegig zu glauben, daß gerade eine Organisation wie die Bundeswehr, in der eine ausgeprägte Hierarchie herrscht, den Frauen zu mehr Selbst- und Mitbestimmung verhelfen soll.

Das gleiche gilt für das Argument, der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr trage der Forderung nach Gleichberechtigung und Chancengleichheit Rechnung. Die Bundeswehr hätte bei ihren rund 50.000 im zivilen Bereich tätigen weiblichen Beschäftigten genügend Gelegenheit gehabt, Frauen zu fördern.

Deutlich ist, daß es sich bei diesen Aussagen um einen bloßen Etikettenschwindel handelt. In Wahrheit geht es den Befürworterinnen und Befürwortern eines Dienstes von Frauen nicht um Gleichberechtigung und Emanzipation, sondern um die Sicherung der Personallücke in der Bundeswehr. Wieder einmal gewinnen die Frauen in einem gesellschaftlichen Bereich erst dann an Interesse, wenn Not am Mann ist. Sollte sich die Personallage wieder entspannter darstellen, so werden sie wieder die ersten sein, denen man die besondere Verantwortung für Heim und Herd zuschiebt. Zugleich entpuppt sich die Kampagne für Frauen in den Kasernen als eine geschickte Ablenkungsstrategie von den Defiziten der bisherigen Frauenpolitik, die eine Gleichberechtigung der Frauen noch nicht erreichen konnte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Herstellen-Umzug
mit wertvollen Recycling-Papier



Statt die Bundeswehr für Frauen zu öffnen, sollte die Regierung für tatsächliche Fortschritte in der Frauenpolitik sorgen: für eine stärkere Beteiligung von Frauen in den Parlamenten und anderen gesellschaftlichen Gremien, für familienfreundliche Arbeitszeiten, für eine bessere Ausbildung von jungen Frauen im gewerblich-technischen Bereich, für bessere Aufstiegschancen und für den Abbau der besonders Frauen treffenden Arbeitslosigkeit.

Als besonders makaber muß die Forderung der FDP, aber auch führender Unionspolitiker/innen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt empfunden werden, wo wir erstmals in der Nachkriegsgeschichte die realistische Chance besitzen, zu einer wirklichen Abrüstung zu gelangen. Statt mit der Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr für eine weitere Militarisierung der Gesellschaft zu sorgen, sollte die Bundesregierung die durch nichts gerechtfertigte Sollstärke der Bundeswehr überdenken und ein tragfähiges Konzept zur Wehrstrukturreform vorlegen.

Der von dem FDP-Parteitag befürwortete Dienst von Frauen in der Bundeswehr unter Einschluß des Kombattantenstatus ist eindeutig verfassungswidrig. Auch das von dem Hamburger FDP-Vorsitzenden Ingo von Münch vorgelegte Gutachten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Umsetzung des Parteitagsbeschlusses nur aufgrund einer Grundgesetzänderung möglich ist. Sie wird mit der Zustimmung durch sozialdemokratische Abgeordnete nicht rechnen können. Diese werden einem derartigen parlamentarischen Vorstoß vielmehr ihr klares Nein entgegensetzen.

(-/10.9.1987/va-he/rs)

* * *



Der Hunger in der Dritten Welt und der Überfluß Europas

Die Katastrophenlage der Entwicklungsländer erfordert eine Reform unserer Agrarpolitik

Von Dagmar Luuk MdB

Die Statistik trügt wie so oft, denn sie trübt den Blick für das Elend in der Dritten Welt. Mitte der 80er Jahre, so die Weltbank in ihrem jüngsten Entwicklungsbericht, lag das tägliche Kalorienangebot in den Entwicklungsländern bei 90 Prozent des Bedarfs, die Bevölkerung der Industriestaaten aber über gut 130 Prozent des Kalorienbedarfs. Soweit die Durchschnittszahlen - die Realität indessen sieht weitaus trister aus. Denn jene 90-Prozent-Deckungsmarge beim Kalorienbedarf wird in vielen Ländern der Dritten Welt eben nicht erreicht, sondern weit unterschritten. Entsprechend hoch ist die Sterblichkeit der Bevölkerung, und die Lebenserwartung entspricht jener, die hierzulande zu Zeiten des Großen Kurfürsten erreicht wurde.

Butterberge, Milchseen und Getreidesilos in Europa - Hungerregionen in Afrika, Lateinamerika und weiten Teilen Asiens. Während dort der Anstieg der Bevölkerungszahl das - soweit überhaupt vorhandene - Wachstum des Bruttosozialprodukts hoffnungslos übersteigt, wird in den Industriestaaten trotz stagnierender oder gar rückläufiger Bevölkerungsentwicklung Wirtschaftswachstum registriert. Export-Rekorden bei uns steht die Verschuldungsdynamik der Dritten Welt gegenüber, und während die Märkte immer mehr zerrüttet werden, setzt hierzulande eine Diskussion ein, welche Entwicklungszusammenarbeit als „tödliche Hilfe“ diffamiert und in einem wichtigen Feld der Partnerschaft Stagnation hervorruft, wo Reform überfällig wäre: bei der Agrarpolitik. Hungertod dort und Butterilos hier. Identisch scheint nur die Stärke des Personals, das bei der EG den Überfluß und bei FAO und Weltbank den Hunger verwaltert. Bei vielen hat sich der gefährliche Irrglaube festgesetzt, dieser Widerspruch zwischen Hunger und Überfluß ließe sich auf ein simples technisches Problem reduzieren nach dem Motto: Würden die Überschüsse nur besser verteilt, dann ginge es den Schwarzen gut und den Landwirten in Europa besser als heute. Da macht sich Harmonieglaube breit, der mit der Realität der Nord-Süd-Problematik unserer Tage nichts gemein hat.

Denn Realität sind nach den Statistiken der FAO tausende von Hungertoten täglich bei einer halben Milliarde Menschen, die in der Dritten Welt von gefährlichen Ernährungsdefiziten betroffen sind. Eine Tatsache, die paradox erscheint angesichts der eindrucksvollen Ertrags- und Exportsteigerungen der Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern und der seit Jahrzehnten zu verzeichnenden Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft in den Industrieländern. Und zudem haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft schon in den Römischen Verträgen verpflichtet, den Wohlstand auch der überseeischen Länder zu fördern.

Die Agrarpolitischen Realitäten

Daraus ist nichts geworden, das belegen einzelne Daten der Ernährungskrise in Afrika. Dort liegt heute das reale Pro-Kopf-Einkommen nicht über dem des Jahres 1960, dort hat sich in einzelnen Staaten die Nahrungsmittel-Produktion je Einwohner in den letzten 15 Jahren um bis zu 20 Prozent verringert, dort stagniert die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Exporte in einzelnen Regionen auf dem Niveau des Jahres 1960.

Anders in Europa. Auf dem EG-Agrarmarkt ist - bei anhaltenden Steigerungsraten - eine Überproduktion nahezu aller landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu registrieren, die Aufnahmekapazität der Binnenmärkte ist längst erschöpft, die Überschüsse sind zu marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr absetzbar.

Die Folgen sind bekannt: Die Kosten für Verwaltung und Lagerung dieser Überschüsse verschlingen Unsummen aus dem Gemeinschaftshaushalt, allein die Lagerhaltungskosten übersteigen die Ausgaben für die Nahrungsmittelhilfe, welche die EG zur Bekämpfung des Hungers in den Entwicklungsländern gewährt, um rund das Vierfache. Und letztendlich: ein erheblicher Teil der Haushaltsbela-



stungen, welche der europäische Agrarmarkt verursacht, kommt nicht der Einkommensentwicklung der Landwirte zugute, sondern versickert in der Brüsseler Technokratie.

Die Agrarpolitik der EG, die den Weg von der Marktwirtschaft zum Dirigismus längst abgeschlossen hat, präsentiert sich

- für den Laien als das Horten und Finanzieren von Überschussproduktionen,
- für den Bauern in niedrigen Einkommen,
- für den Steuerzahler mit einem Milliardendefizit im Brüsseler Haushalt, denn zwei Drittel des Gemeinschaftshaushaltes werden vom Agrarmarkt beansprucht,
- und für die Entwicklungsländer als Agrarprotektionismus, der die Weltmärkte zerrüttet.

Die Konzeptionen der EG-Agrarpolitik, gekennzeichnet durch Preis- und Absatzgarantien, stammt aus den 50er Jahren, als die Mangelzeit des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegsjahre noch in frischer Erinnerung war. Diese Konzeption erfüllte zunächst auch ihren Zweck, und der hieß: rasche Produktionssteigerung und möglichst kurzfristig Gewährung einer weitgehenden Selbstversorgung Westeuropas. Spätestens in den 70er Jahren aber wurde das Problem der Überschussbildung mit den entsprechenden volkswirtschaftlichen Belastungen und später auch den ökologischen Belastungen unverkennbar.

In den Außenhandelsbeziehungen sind die Folgen der EG-Agrarpolitik schlicht katastrophal. Hier finden Regelungen Anwendung, die nach innen den EG-Markt abschotten, nach außen aber protektionistisch wirken bei selektiver Diskriminierung einzelner Entwicklungsländer. Die Kennzeichen europäischer Agrarpolitik heißen Abschöpfung bei der Einfuhr, Erstattung bei der Ausfuhr, Lizenzen oder Schutzklauseln - ihr Ergebnis ist Handelsumlenkung statt Handelsschaffung. Die Exportpolitik der EG hat zudem bei stark rückläufigen Weltmarktpreisen zu Spannungen mit den USA aufgrund der auch dort bestehenden Agrarüberschüsse geführt, ernste Konflikte sind vorhersehbar. Stichwort Fettsteuer. Dieser Protektionismus ist ein Entwicklungshemmnis, er erschwert den Handel der Dritten Welt, der ein wesentlicher Bestandteil jeder Entwicklung ist.

Vom Wert und Unwert der Nahrungsmittelhilfe

Das schlechte Gewissen der Industrieländer und jene humanitären Regungen, die gerade in Katastrophenfällen durch öffentliche Appelle zum Sprießen gebracht werden, haben ein Instrument der Agrarhilfe für die Dritte Welt gefördert, dessen Wirkungen nur in Ausnahmefällen segensreich sind. Die Rede ist von der Nahrungsmittelhilfe. Dieses Instrument jedoch ist nur bei Sofort- und Katastrophenhilfe unelingschränkt zu befürworten, ansonsten birgt sie eminente Risiken.

Nahrungsmittelhilfe ist im EG-Bereich in den 80er Jahren zum größten Posten der gemeinsamen Entwicklungshilfe geworden, ihr Anteil beträgt rund 30 Prozent, das sind jährlich etwa 500 Millionen Dollar. Standen ursprünglich nur einige wenige asiatische Länder auf der Empfängerliste, so brachte die Nahrungsmittelkrise Mitte der 70er Jahre einen beträchtlichen Wandel: Afrika und Lateinamerika wurden Hauptempfänger der EG-Nahrungsmittelhilfe, die derzeit weltweit rund 50 Länder bedient.

Handelspolitisch gesehen war die Anhäufung überschüssiger Nahrungsmittel, die zu den hohen Preisen nicht auf dem Weltmarkt absetzbar waren, der Motor für die Vergabe. Ein Blick in den EG-Haushalt macht klar, warum die Gemeinschaft äußerst bereitwillig etwa Getreide, Magermilchpulver oder Butteröl exportiert - übersteigen doch die Lagerhaltungskosten die Ausgaben für Nahrungsmittelhilfe beträchtlich. So ist zum Beispiel die durchaus perverse Situation zu registrieren, daß die EG Milchpulver als Nahrungsmittelhilfe exportiert, Milchpulver, das im Bereich der EG Futtermittel letztendlich produziert wurde, aus jenen Futtermitteln, welche die EG als weltweit größter Futter-



Futtermittelimporteure aus Entwicklungsländern einführte. Jener Import führt hierzulande im Übrigen zu eminenten Wettbewerbsverzerrungen, hat eine ständige Vergrößerung der tierischen Produktion zur Folge und trägt im übrigen zur Zerrüttung des Marktes bei.

Sind die praktischen Erfolge dieser Nahrungsmittelhilfe höchst umstritten - nach 30 Jahren „erfolgreicher“ Hilfe hat der Hungereher zu- denn abgenommen - so sind die Wirkungen dieser Exporte auf die Handelspolitik längst außer Streit. Nahrungsmittelhilfe ist natürlich Export zu Dumping-Preisen, sie verschlechtert die Wettbewerbsposition vieler Entwicklungsländer, denn sie reduziert deren Absatzchancen im Süd-Süd-Handel.

Wer wie die EG überschüssige Agrarprodukte hochsubventioniert auf den Weltmarkt wirft, gefährdet die Eigeninitiative der Entwicklungsländer und reduziert deren Anreize zur eigenständigen Produktion. Nahrungsmittelhilfe ist das „süße Gift“ der Entwicklungshilfe, sie entmutigt die Agrarproduzenten in der Dritten Welt, führt zu einer Verstärkung der Abhängigkeit und verhindert letztendlich wichtige agrarpolitische Umorientierungen in Nord wie Süd. Sie birgt mehr Gefahren als daß sie Nutzen bringt. Nur bei den Ärmsten der Armen und jenen, die von Katastrophen betroffen sind, ist sie unentbehrlich - wenn sie rechtzeitig erstattet wird, die richtigen Adressaten erreicht und nicht durch Verteilungsdefizite entwertet wird.

Entwicklungspolitische Notwendigkeiten

Die Agrarpolitik der EG ist trotz aller Defizite nicht die alleinige Ursache für die unausgewogene Nahrungsversorgung in der Dritten Welt, aber sie hat Strukturen begünstigt, welche eine befriedigende Entwicklung der Landwirtschaft der Entwicklungsländer erheblich erschwert, wenn nicht gar ausschließt. Für eine positive Entwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt sind neben einer Agrarreform der Industrieländer, hier vor allem ein Abbau des Protektionismus, erhebliche soziale und politische Veränderungen in den Entwicklungsländern unabdingbar.

Hausgemachtes Hauptproblem in der Agrarpolitik der Dritten Welt bleibt das Ausgeschlossenheit der Bevölkerungsmehrheit von produktiver Beschäftigung und somit von Eigenversorgung wie von Kaufkraftwerb. Je geringer der Anteil von Kleinbauern, desto höher die ländliche Arbeitslosigkeit und desto geringer die Chancen, konsumieren zu können. Hinzukommt, daß ein starkes Bevölkerungswachstum die Ernährungsprobleme verstärkt, daß zur politischen Ruhigstellung der städtischen Bevölkerung Niedrigpreise für Grundnahrungsmittel verfügt werden, daß eine solche Politik die Landflucht begünstigt und damit den Kreislauf des Elends beschleunigt. Großbetriebe und auf Export ausgerichtete Monokulturen tragen nur wenig zur inländischen Nahrungsversorgung bei, das Landarbeiter-Profetariat stellt zudem einen politischen Unsicherheitsfaktor dar.



Entwicklungspolitisch unstrittig ist, daß mit einer Industrialisierung die Armut der Dritten Welt nicht zu beseitigen ist, daß ein Ausbau der Landwirtschaft und eine Steigerung der Eigenversorgung Vorrang haben müssen. Jede Entwicklung baut auf gesamtwirtschaftliches Wachstum, Ernährungsstrategien müssen dabei verbunden sein mit Reformen des Preis-, Kredit- und Vermarktungssystems, umfassende Landreformen sowie Veränderungen im ländlichen Sozialgefüge werden dabei unabdingbar sein. Zielgruppenspezifische Kleinbauern-Programme, wie sie von der Weltbank gefördert werden, sind ein positiver Ansatz. Ergänzt werden müssen diese Strategien durch einen Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion sowie durch Aktivitäten gegen die zunehmende Zerstörung der Umwelt.

National wie international unstrittig ist, daß eine Liberalisierung des Handels zum Abbau der Nahrungskrise in der Dritten Welt einen eminent wichtigen Beitrag leisten kann. Einmal gilt es, den Handel zwischen den Entwicklungsländern zu liberalisieren, wobei die EG regionale Teilausgleiche begünstigen könnte, zum anderen gilt es zu verhindern, daß die Industrieländer sich weiterhin gegen Agrarexporte aus Entwicklungsländern abschotten. Denn Agrarexport und Verbesserung der Nahrungsversorgung müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Bedenklich wird es allerdings immer dann, wenn die Exporterlöse nicht in die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft, sondern in den Rüstungssektor der Dritten Welt fließen.

Eine Liberalisierung des Handels zwischen Nord und Süd hätte ungeahnte Folgen für das Handelsvolumen. Nach den Berechnungen der Weltbank etwa hatte eine weltweite Liberalisierung des Rind- und Lammfleischmarktes bei einer 16prozentigen Preiserhöhung eine Zunahme des Welt-handelsvolumens von 235 Prozent zur Folge. Ähnlich sähe es bei einer Liberalisierung des Handels für Milchprodukte aus. Der Abbau des Wirtschaftsprotektionismus bedeutet eine Reduzierung von Entwicklungshemmnissen.

Europäischer Rat und OECD haben erste Anstöße gegeben, die Richtung ist vorgegeben, jetzt tut Bewegung not. Hunger ist kein unabwendbares Schicksal, er ist nicht naturgegeben. Und Politik ist immer dann erfolgreich, wenn Interessen vernünftig ausgeglichen werden. Die Nord-Süd-Politik macht da keine Ausnahme.

(-/10.9.1987/vo-he/rs)

* * *

